

Berliner Tageblatt

Für unentgeltlich eingehende Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

und Handels-Zeitung.

Verl.-Redaktion: Theodor Wolff in Berlin. Druck und Verlag von Rudolf Rette in Berlin.

Die Industrialisierung Preussens.

Die Zahlen der Bevölkerung vom 12. Juni 1907, die sehr vollständig sind, geben eine so laute und deutliche Sprache, daß man sie, mag man politisch stehen wie man will, nicht überhören darf. Wir gehen noch einen Schritt weiter und behaupten, daß die Verchiebung der Bevölkerung, wie sie durch die Veranschlagung unabweislich erwiesen wird, auch eine neue Orientierung der preussischen Politik zur Folge haben wird. Tatsachen sind hierin die Dinger, sagt ein englisches Sprichwort. Aber nicht jeder in die Luft fliegen, sondern wirken will, der muß mit dem rechten, was ist, nicht mit dem, was er wünscht. Die große Tatsache, die uns die Bevölkerung zur Gewissheit macht, ist die Industrialisierung der preussischen Monarchie. Einst schien es den preussischen Königen ein Ziel, aufs unglückliche zu verzichten. Schon der große Kurfürst erbat sich die durch die Torheit des Sonnenkönigs vertriebenen Hugenotten nicht bloß als humanitären Gesandten heraus, sondern weil er „Manufaktur“ in seinem Lande haben wollte. Noch zersplitzelter hat Preussens größter, am meisten glücklicher König Friedrich II. darauf hingearbeitet, die Industrie in Preussen heimisch zu machen. Wenn seine Nachfolger gelegentlich andere Wege einschlugen, so zeigten sie nur ihre eigene Kurzsichtigkeit. Aber völlig konnten auch die Könige nicht auf den heutigen Tag das Interesse an der Industrie nicht verlieren, und gerade dem jetzigen Herrscher muß man nachrechnen, daß er für die Fragen der Technik und des industriellen Fortschritts immer einen offenen Blick gehabt hat, wenn es ihm auch nicht immer möglich gewesen ist, die agrarische Ressource zu überwinden. Der Nationalreichtum in dieser Beziehung wuchs.

Doch, wie immer die Fürsten und ihre Minister sich verhalten mochten: die Industrie hat sich in Preussen durchgesetzt. Darüber ist nach den Ergebnissen der letzten Volkszählung kein Zweifel mehr. Diese letztere Zählung bringt auch nach anderen Seiten bemerkenswerte Aufschlüsse; sie zeigt beispielsweise an dem außerordentlich starken Vermehrung der Rentner und Pensionäre, daß nicht bloß die allgemeine Wohlhabenheit in Preussen zugenommen ist, sondern daß auch die soziale Versicherungsgesellschaft ihre wichtigsten Wirkungen immer deutlicher erkennen läßt. Sie macht es weiter zur Gewissheit, daß die Zunahme der Frau am Erwerbsleben im Laufe der letzten zwölf Jahre immer stärker geworden ist. Sie läßt weiter eine Steigerung der wirtschaftlichen Tätigkeit erkennen, insofern der Prozentsatz der Erwerbstätigen im Hauptberufe von 38,7 Prozent im Jahre 1895 auf 42,04 Prozent im Jahre 1907 gestiegen ist. Mehr Erwerbstätige auf der einen Seite, das ist die Signatur eines wachsenden Lebens und des wirtschaftlichen Fortschritts. Eine wichtige Tatsache ist die Abnahme in der Geschicklichkeit des menschlichen Geschlechts, — sie zeigt aber auch, daß wissenschaftlich in beachtenswerten Umfange Segen der Wäpfe fließt.

Solche Wandlungen innerhalb eines verhältnismäßig so kurzen Zeitraumes, wie es für einen Staat zwölf Jahre sind, treten trotzdem zurück hinter der Vervollständigung der preussischen

Industrialisierung. Die Statistik selbst spricht von einem Rückschritt der Bedeutung der Landwirtschaft. Dieser Ausdruck ist vollumfänglich, wenn man die auf die landwirtschaftliche Gruppe entfallenden Personen der zur Industrie und zum Handel gehörigen Berufsbevölkerung gegenüberstellt. Danach entfielen von je hundert Personen dieser drei Abteilungen

	1892	1895	1907
A. Landwirtschaft usw.	49,55	41,89	33,83
B. Industrie und C. Handel usw.	50,45	58,11	66,17

Diese Prozentzahlen besagen, daß sich im Jahre 1892 die Landwirtschaft einerseits und Industrie und Handel andererseits noch die Waage hielten. Im Jahre 1907 dagegen war die Landwirtschaft auf ein Drittel der Berufsbevölkerung zurückgeführt, während zwei Drittel ihre Beschäftigung in der Industrie und im Handel fanden.

Es wäre völlig verfehlt, in diesen Zahlen, wie es die agrarische Presse vertritt, einen Anreiz zu finden, um so wollen, um für die preussische Landwirtschaft noch mehr als bisher zu tun. Die landwirtschaftliche Bevölkerung ist nur um etwa eine halbe Million, nämlich 11.375.000 auf 10.863.194 Personen, zurückgegangen, was sich ja aus dem stärksten Eindringen der Wäpfe in die Landwirtschaft und damit der Erparung von Arbeitskräften zur Geringe erklärt. Aber Industrie und Handel haben den Zuwachs der Bevölkerung, der von 1895 bis 1907 in Preussen nicht weniger als 6 1/2 Millionen betrug, um größten Teil aufgenommen, und zwar Bergbau und Industrie über 4 Millionen und Handel und Verkehr 1 1/2 Millionen.

Was hätte es gegenüber diesen sprechenden Zahlen für einen Zweck, dem rücksichtslosen Schutz der Landwirtschaft, wie sich die agrarische Presse in ihrer Beharrlichkeit ausdrückt, noch weiter zu treiben? Wollte man im Ernst, daß die preussische Landwirtschaft in der Lage wäre, auch nur eine auf den Gipfel getriebene agrarische Politik die 5 1/2 Millionen Menschen zu beschäftigen, die jetzt wohl in Industrie und Handel aufgenommen worden sind? Und will man gar behaupten, daß die Landwirtschaft den jährlichen Bevölkerungszuwachs von 500.000 bis 600.000 Menschen gebrauchen könnte? Das wäre doch Verblendung. Die Industrialisierung der preussischen Monarchie lag eben im Innern der Dinge begründet. Doch man sich zu ihr stellen wie man will, so kann man sie doch nicht aus der Welt schaffen. Selbst ein Mann wie Bismarck besaß die sich zum politischen Grundgesetz: und so fort vor, regierte, die Wäpfe trägt uns, aber wir lenken sie nicht.

Wohl aber heißt es, aus der wirtschaftlichen Entwicklung die politischen Konsequenzen ziehen. Es ist unmöglich, daß ein Drittel, das bald nur noch ein Viertel sein wird, das Sagen regiert. Preussische Klassenwahl und preussische Wahlkreisverteilung sind innerlich längst überkommen. Der agrarische Kurs ist eine Möglichkeit von vornherein. Heute ist er zu einer Fiktion geworden. Wer die Tatsachen der wirtschaftlichen Entwicklung beobachtet, der muß sich mit der Industrialisierung der preussischen Monarchie abfinden.

Die Uenzaminien.

(Von unserem Korrespondenten.)

Paris, 6. Februar.

In einem längeren Artikel tritt der „Temps“ dafür ein, daß die Angelegenheit der Uenzaminien endlich von der

Kammer erledigt wird. Die Wäpfe des Handels und die Interessen der Agrarier sind gleich wichtig, doch der Vorteil der französischen und schweizerischen Konkurrenz ist nicht zu übersehen. In der Ausbeutung sind die französischen, drei englische, zwei deutsche und ein belgisches Haus interessiert. Ueber die Beteiligung der Fremden schreibt der „Temps“: „Aber es ist keine Wahl. Wenn es keine Erge nicht an das Ausland verkaufen kann, so kann es sie überhaupt nicht verkaufen.“ Man, wenn man Krupp verheiraten will, Erge aus Ungarn zu beziehen, dann müßte man auch verhindern wollen, daß die Röhren überhaupt untereinander in Handelsbeziehungen treten. Frankreich ist reich an Eisen, arm an Kohlen, es muß jährlich für 400 Millionen Kohlen vom Ausland beziehen. Wenn man sagt, Krupp könne mit französischen Erz-Röhren gegen Frankreich vorgehen, so müßte man mit gleichem Recht erwidern, Frankreich bezöge deutsche Erz-Röhren, um Kohlen gegen Frankreich zu liefern. Mit einer solchen Auffassung folgt man zum Zustand der Welt zurück.“ Uebigens hat nach neuen Nachrichten Krupp sich zurückgezogen. Auch der Entwurf, daß die Geschäfte von Fremden geleitet würden, ist falsch. Sobald die Ausbeutung beginnt, soll das Geschäft durch zwei Gesellschaften erledigt werden. Aus allen diesen Gründen, folgert der „Temps“, ist es sinnlos, die Ausbeutung eines Objektes, das 600 Millionen wert ist, länger unmöglich zu machen.

Die deutsch-englischen Beziehungen.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

London, 8. Februar.

In einem ruhig gehaltenen Artikel bespricht die „Times“ heute die Angelegenheiten der Wäpfe des Königs und der Königin nach Berlin. Die Beziehungen werden der Anfang und der Reichthum der Verhandlungen in Berlin konstatiert, der beweist, daß die Aufmerksamkeit bei dieser Welt nicht bloß solche von Souverän zu Souverän, sondern von Volk zu Volk sind, wie es bei der letzten Reise des Kaisers und der Kaiserin nach London waren. Dieser zermüdete Ausdruck einheitlicher nationaler Gesühle von Nation zu Nation habe einen Wert, der nicht hoch genug eingeschätzt werden kann, er möge nicht, wie dies heute Mode ist, unwillkürlich vergessen werden. Auch andere Verhandlungen, welche das Weltforum, „sind die Geschehnisse von Menschen und Nationen nach innen von der Phantasie, von Gefühl, von unbegründeten Instinkten und Impulsen befreit, die sich dem Statistiker nähern.“ Es ist die Aufgabe des Auslandes von Controversen leitend der Herrscherhäuser, diese Dinge anzugehen und sie in Handlung zu setzen, wo sie Gutes stiften. Das ist der einzige Gewinn, den jedes der beiden Länder von dieser Reise zu erwarten hat. Diejenigen, die Verhandlungen von dieser Reise erwarten, täuschen sich. Zwischen England und Deutschland ist nichts zu verhandeln, da es keine konkreten Fragen zwischen ihnen gibt. Es hat ein gewisses Mißtrauen oberflächlich, das die Zukunft gewiss erkennen wird, aber aktuelle Streitpunkte gibt es nicht. Andererseits sind viele Gründe dafür vorhanden, daß beide Nationen in Harmonie und Freundschaft leben sollten. Ihre Handelsbeziehungen sind ausgebreitet und ihre gemeinsamen Interessen unendlich groß. Trotz der großen Unterschiede, die an der Oberfläche besteht, ist die Lebensanschauung beider Völker eine sehr ähnliche. Der Wille lebt in Deutschland sehr begünstigt, während Deutsche in großer Zahl England zu ihrem, ohne Ausnahme. Vor ein paar Jahren hat sie ein Berliner Sammler über 20 Millionen Wäpfe sogar drucken lassen. Und nur allseitiges lächelndes Mitleid mit dem eigensinnigen alten Herrn hat die Folgen ausbleiben lassen. Es gelang diesen Angriff zu charakterisieren, und es wäre schon aben, Tschudi seine Integrität beibehalten zu wollen. Eine Kleinigkeit hat der gut unterrichtete Autor — daß man noch fragen: vergessen? Nämlich daß die französischen Wäpfe, deren Existenz nur durch diesen „Kanal“ erklärlich ist, dem Staat nichts kosten, sondern Herrn v. Tschudi von seinen Freunden gestiftet worden sind. Und diese Freunde sind große Geschäftsherrn, die den Kaufmarkt genau kennen.

Darauf geht es gegen die Wandelbarkeit von Tschudis Kunstanschauungen. „Er habe Menzel erst scharf kritisiert und nachher Millionen für ein Menzel-Museum gefordert.“ Das ist höchstens vierteilhaft. Er hat den „alten Menzel“ (nach meiner Ansicht zu spät) kritisiert. Das Menzel-Museum habe ich an dieser Stelle gefordert, die Akademie hat die Anregung aufgenommen, der Kaiser sie gebilligt. Tschudi hat dann, soweit nicht ein Wunsch des Kaisers zu erfüllen war, die ganz unbefangenen Herrlichkeiten des „jungen Menzel“ gekauft. „Darauf habe er sich nacheinander für Wörlin, für Seib, für Freytag, für Marées begeistert.“ Also doch für lauter der andere gut genug in der Sammlung vertreten seien? Und das soll ein Vorwurf für einen Galeriedirektor sein? Ja, wie soll er dem verfahren? „Aber alle ständen er in zweiter Reihe, sein Herz sei bei den Franzosen.“ Willest, ich weiß nicht, wie er als Privatmann denkt, und es geht niemanden an. Aber als Leiter der Galerie hat er zwar Franzosen gekauft (was ich nicht für nötig halte), aber diese Zahl und ihre Preis kommen neben denen der deutschen Werke gar nicht in Betracht. Er hat aber überhaupt er gezeigt, daß es eine große deutsche Kunst im neunzehnten Jahrhundert gegeben hat. Das ist denn doch etwas mehr als die patriotische Phantasie eines Herrn Segner. Und wenn er es gegen seine Uebersetzung getan hätte, wo wäre dann das „personliche Regime“? Schließlich: er habe Teil genommen an der Gründung des Deutschen Künstlerbundes,

Zu Tschudis Rückkehr.

Eine Entgegnung.

Die Rückkehr des Herrn v. Tschudi in sein Amt, die in nächster Zeit bevorsteht, hätte kaum Anlaß geboten, den ganzen „Blatt“ noch einmal aufzurollen. Es ist alles gesagt worden, was nötig war, und wer nur spricht, um seinen Zweck zu erreichen, kann schweigen, wenn er erreicht ist.

Man aber bringt ein Berliner Blatt an erster Stelle einen Artikel, den man nicht mit Stillschweigen übergehen kann, weil es sich offenbar um eine von hoher Stelle inspierte und für eine sehr hohe Stelle bestimmte Arbeit handelt. Es ist um so gefährlicher, daß er nicht von irgendeinem ungeschickten Offiziers-Geschriebener ist, sondern von einem Mann, der in raffiniert geschickter Weise Wahres und Falsches, Lob und Tadel mischt und unter dem allerdings fabelhaften, aber für naive Augen doch noch bedenkenden Mantel der Objektivität die Behauptungen und Forderungen aufstellt, die man „aber“ aufgestellt zu sehen wünscht. Ich nehme auch den Verfasser.

Den Anfang machen einige Sätze, in denen v. Tschudi wird, die ganze Affäre als eine Gründung der Wäpfe hin zu stellen. Es ist nicht wahr, daß eine Krise bestand, nicht wahr, daß der Tschudis Urlaub unwillkürlich war, nicht wahr, daß der Kaiser etwas mit der Sache zu tun hat, nicht wahr, daß Anton v. Werner als Nachfolger des Direktors der Nationalgalerie in Aussicht genommen worden war. Ein jeder ist nicht wahr, daß Tschudi existierte. Besonders besahm ein Wunder, weil das offensichtlich der eigentliche Wunsch seines Herzens ist.

Auf diese Sätze die kurze Antwort, daß die ganze Geschichte des Urlaubs des Herrn v. Tschudi, wie hier und anderswo erzählt worden ist, wortwörtlich wahr ist und daß der Herr v. Tschudi, wie er gewesen werden kann. Es fehlten in den Erzählungen nur einige Einzelheiten, die wegen ihrer besonderen Wichtigkeit für gewisse Herren verweigert worden sind und zunächst auch weiter beachtet werden müssen. Das sind so Sachen, die erst die Nachwelt aus Memoiren erfahren darf. Es ist auch zu

spät, die Affäre abzuleugnen. Sollte das geschehen, dann hätte die gute Politik von dem Verbleiben des verdienten Mannes nicht gerade am Tage nach der historischen Audienz des Fürsten Bismarck beim Kaiser verstanden werden dürfen. Das alles weiß der Verfasser des Artikels genau so gut wie wir. Er ist sogar bei aller Geschicklichkeit doch nicht geschickter genug, um sich selbst zu veratzen. Er hat nämlich plötzlich ganz ruhig, da er zu einer Kritik Tschudis übergehen will, ob denn nur von einer Seite gelündigt worden ist. Also es ist doch von dieser einen gelündigt worden.

Folgt der erste Punkt der Kritik. Es liegen selber in dem — Leser, merk auf, damit du die Feinheit der Absicht nicht übersehst! — in dem „personlichen Regime“ in der Nationalgalerie. Wirklich sehr sehr ungeschicklich dieser Pfeil, aber — vorbeigeschossen. Man kann nie von einem solchen Regime reden, wo ein Mann innerhalb des ihm eingeräumten Wirkungskreises seiner Ueberzeugung folgt. Aber Tschudi hat überdies neben sich die preussische Landesfunkommission, in der er ganz bestimmt seine sichere Majorität für sich hat, und über sich: 1. den Generaldirektor, 2. den Kunstgeheimrat des Kultusministeriums, 3. den Minister. Und — noch der Zeit zu Zeit — hoffentlich durch die Tschudi — oft doppelte und dreifache Preise bezahlen müssen. Wie groß der Wunsch, aber gerade darin liegt die Feinheit. Solche Dinge darf man nicht so sagen, daß nicht behauptet und alles angeordnet wird. Eine Politik, die so verfährt, pflegt man mit einem brutalen Wort zu bezeichnen. Hier wird vielleicht Tschudis Ehre, seiner seine Eignung für die Disposition über öffentliche Gelder angegriffen. Der Schreiber glaubt sich zu denken, wenn er sich hinter den Bismarck und Treacher verbirgt, durch die Tschudi — nicht — Das geht nicht: für das, was jemand öffentlich sagt, muß er selbst einstehen. Dergleichen Behauptungen gehen über jeden Museumsdirektor um, über

jeden, ohne Ausnahme. Vor ein paar Jahren hat sie ein Berliner Sammler über 20 Millionen Wäpfe sogar drucken lassen. Und nur allseitiges lächelndes Mitleid mit dem eigensinnigen alten Herrn hat die Folgen ausbleiben lassen. Es gelang diesen Angriff zu charakterisieren, und es wäre schon aben, Tschudi seine Integrität beibehalten zu wollen. Eine Kleinigkeit hat der gut unterrichtete Autor — daß man noch fragen: vergessen? Nämlich daß die französischen Wäpfe, deren Existenz nur durch diesen „Kanal“ erklärlich ist, dem Staat nichts kosten, sondern Herrn v. Tschudi von seinen Freunden gestiftet worden sind. Und diese Freunde sind große Geschäftsherrn, die den Kaufmarkt genau kennen.

Darauf geht es gegen die Wandelbarkeit von Tschudis Kunstanschauungen. „Er habe Menzel erst scharf kritisiert und nachher Millionen für ein Menzel-Museum gefordert.“ Das ist höchstens vierteilhaft. Er hat den „alten Menzel“ (nach meiner Ansicht zu spät) kritisiert. Das Menzel-Museum habe ich an dieser Stelle gefordert, die Akademie hat die Anregung aufgenommen, der Kaiser sie gebilligt. Tschudi hat dann, soweit nicht ein Wunsch des Kaisers zu erfüllen war, die ganz unbefangenen Herrlichkeiten des „jungen Menzel“ gekauft. „Darauf habe er sich nacheinander für Wörlin, für Seib, für Freytag, für Marées begeistert.“ Also doch für lauter der andere gut genug in der Sammlung vertreten seien? Und das soll ein Vorwurf für einen Galeriedirektor sein? Ja, wie soll er dem verfahren? „Aber alle ständen er in zweiter Reihe, sein Herz sei bei den Franzosen.“ Willest, ich weiß nicht, wie er als Privatmann denkt, und es geht niemanden an. Aber als Leiter der Galerie hat er zwar Franzosen gekauft (was ich nicht für nötig halte), aber diese Zahl und ihre Preis kommen neben denen der deutschen Werke gar nicht in Betracht. Er hat aber überhaupt er gezeigt, daß es eine große deutsche Kunst im neunzehnten Jahrhundert gegeben hat. Das ist denn doch etwas mehr als die patriotische Phantasie eines Herrn Segner. Und wenn er es gegen seine Uebersetzung getan hätte, wo wäre dann das „personliche Regime“? Schließlich: er habe Teil genommen an der Gründung des Deutschen Künstlerbundes,